

Nachbarschaft das Strafverfahren auf Grund des § 147, Abs. 2 der Gewerbeordnung einleiten kann.

Die Betriebsleitung hofft eine grössere Widerstandsfähigkeit der Kocher den besagten Einflüssen gegenüber durch deren Ausführungen mit sogenannter *Wenzel-Masse* an Stelle der Bleiauskleidung herbeizuführen. Die Masse besteht aus einem Gemenge von Chamotte-Mehl, hydraulischem Kalk und Natronwasserglas. Aus dem Gemenge werden Steine gepresst, welche den Formen des Kochers sich anpassen. Beim Vorsetzen der Steine dient als Mörtel gleichfalls das genannte Gemenge. Sofort nach der Auskleidung wird die erste Kochung vorgenommen. Hierbei bilden sich Risse in der Masse, welche ausgehauen und sorgfältig verschmiert werden. Kochen und Ausbessern wird solange fortgesetzt, bis der Kocher durchaus dicht ist, d. h. bis weder Gas noch Flüssigkeit aus den im Kochermantel angeordneten kleinen Prüföffnungen herausbläst. Nach 14—20 Kochungen ist dies erreicht; dann wird behufs Erzielung einer glatten Oberfläche die Auskleidung mit der Spitzhacke bearbeitet und durch einen Mantel aus glasierten Thonkacheln geschützt. Die Thonkacheln werden gleichfalls mit Wenzelmasse versetzt.

Vom Sturm zerschellt.

Mitte Juli brauste durch das Miami-Thal bei Cincinnati ein Sturmwind von solcher Heftigkeit, wie sie nur im amerikanischen Westen vorkommt. Längs dem durch dieses Thal laufenden Kanal und seinen Wasserkraften liegen unter anderen auch mehrere Papier-Fabriken, und alle haben Schaden gelitten. Eine ganze Reihe von Schornsteinen wurde niedergeworfen, Dächer abgedeckt usw. Als der Sturmwind die Holzschleiferei von Louis Snyder's Sons, Hamilton, erreichte, traf er auf einen von Norden kommenden Gegensturm. Sofort ballten sich die Wolken zusammen, es entstand eine Windhose von bekannter Trichterform, und der davon getroffene Theil der Fabrik wurde zertrümmert wie eine Eierschale, während 10 Fuss davon entfernt stehende Bäume nur leicht schwankten. Das steile Schieferdach wurde ausgehoben, niedergeworfen und bis auf den Grund des Gebäudes geschmettert. Unter den fallenden Mauern wurden 5 Arbeiter begraben, die zwar wahrscheinlich mit dem Leben davon kommen werden, aber schwer verletzt sind.

Fernsprech-Verkehr.

Unter den an das Berliner Fernsprechnetz Angeschlossenen ist die Ansicht verbreitet, dass die Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt der amtlichen Telephonbedienung seit einigen Jahren, d. h. seit Anstellung von *Telephonistinnen*, erheblich zurückgegangen ist. Zahlreiche Einsendungen an Zeitungen, sowie Vereins- und Volksversammlungen haben sich mit grösserer oder geringerer Entschiedenheit dahin ausgesprochen, dass bei der gegenwärtigen Art des Vermittlungsdienstes das Telephon nicht eine Erleichterung des Verkehrs bedeutet, sondern eine fortwährende Quelle von Zeitversäumnissen und Verdriesslichkeiten ist. Die Entrüstung über die verschlechterte Telephon-Bedienung ist so allgemein, dass eine Anzahl angeschlossener Firmen die Kündigung des Vertragsverhältnisses in Aussicht genommen hat.

Dieser Verzicht auf die Fernsprech-Verbindungen wäre längst von einer grossen Zahl Angeschlossener ausgesprochen worden, wenn man nicht gehofft hätte, dass einmüthige, sachliche Vorstellungen bei der vorgesetzten Behörde eine Besserung herbeiführen könnten. Eine Eingabe, von der man sich viel versprach, war die des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, worin in sachlicher und vielleicht mehr als nöthig zurückhaltender Weise auf die Missstände des Berliner Telephonbetriebs und die möglichen Mittel zur Abhilfe hingewiesen wurde.

Diese Eingabe ist unterm 26. Juli vom Reichspostamt abgelehnt worden.

In der Eingabe war u. a. Folgendes ausgeführt:

Es scheint zunächst, als ob die *Vorrichtungen*, welche dazu dienen, von den Anschlussstellen aus die Aemter *anzurufen*, nicht mit wünschenswerther Genauigkeit arbeiten; denn es bedarf häufig langer Zeit, manchmal bis zu einer Viertelstunde, um nur den ersten Anschluss an das Fernsprechnetz zu erreichen. Im Falle einer Beschwerde wird dann gewöhnlich die Antwort ertheilt, dass die *Klappe* nicht früher gefallen sei, während die sofort angestellte Probe meistens ergibt, dass ein diesbezüglicher Fehler nicht vorhanden ist.

Ohne zu verkennen, dass die vermehrten Anschlüsse erhöhte Anforderungen an die Beamten stellen, dürfen wir hierbei doch nicht unerwähnt lassen, dass die Schwierigkeiten für die Theilnehmer des Fernsprechverkehrs zugenommen haben, seitdem der Betrieb und die Aufsicht fast ausschliesslich in den Händen der *weiblichen Beamten* liegen.

Eine weitere Unzulänglichkeit tritt hauptsächlich dann hervor, wenn

eine einmal bestehende *Verbindung gelöst* werden soll. Diese Schwierigkeit verdoppelt sich, wenn es sich um eine Verbindung mit einem anderen als dem eigenen Fernsprechnetz handelt. Sollte nicht eine technische Vorkehrung anzuwenden sein, welche das Schlusszeichen für beide in Anspruch genommene Aemter mit der nöthigen Deutlichkeit anzeigt? Und wäre nicht ferner zu ermöglichen, dass der Beamte auch den Theilnehmern ein Zeichen giebt, dass die Verbindung gelöst und der Fernsprecher zu neuer Benutzung frei ist?

Sehr häufig wird auch die gewünschte *Verbindung* mit einem *anderen Amte* dadurch fehlgeleitet, dass der Beamte die gesprochene Zahl des anzurufenden Amtes unrichtig versteht (so z. B. beim Anrufen von Amt II oder III). Vielleicht würde es sich empfehlen, die Aemter — etwa nach dem Beispiel der auf Seite 12 des Theilnehmerverzeichnisses vom April 1892 befindlichen Buchstabirtafel — statt nach Zahlen nach Buchstaben zu benennen, die allerdings nicht nach der Reihenfolge des Alphabets, sondern nach der leichten lautlichen Unterscheidbarkeit zu wählen wären. So werden die Selbstlauter a, e, i, y und die Mitlauter f, k, q, s, x nicht leicht missverstanden werden.

Hiermit ist die Zahl der beim Fernsprechbetrieb vorhandenen Missstände noch lange nicht erschöpft. Die individuelle Anlage der vermittelnden Damen sorgt für grösste Mannigfaltigkeit derselben. Oft muss man 5 bis 10 Minuten warten, ehe das eigne Amt sich meldet; dann erfolgt die Verbindung nicht mit dem gewünschten Amt, sondern mit einem wildfremden Menschen; man muss abklingeln und warten. Ist dann nach einer Viertelstunde die Verbindung wiederhergestellt, und man ersucht vor Angabe der Nummer um grössere Aufmerksamkeit, oder verlangt die Aufsicht, so tönt nicht selten ein sehr unamtliches spöttisches Lachen durch das Hörblech.

Zahlreiche Vorkommnisse dieser Art und die Vergleichung mit der früheren glatten und im allgemeinen störungsfreien Erledigung des Betriebes müssen zu der Ueberzeugung führen, dass einzig und allein die *Anstellung weiblicher Personen* denselben verschlechtert hat.

Man erhält den Eindruck, als fehle es vielen Telephonistinnen an Verständniss für die Bedeutung ihrer Aufgabe. Der Umstand, dass man ihnen nicht Auge in Auge gegenüber treten kann, dass das gesprochene Wort verhallt, dass der Sachvorgang bei einem Telephongespräch sich nur sehr schwer feststellen lässt, scheint vielen Telephonistinnen ein Gefühl der Sicherheit, der Gleichgiltigkeit gegen Beschwerden zu geben, welches an andern amtlichen Stellen weder bei persönlichem noch bei schriftlichem Verkehr vorhanden ist. Man kann nicht stets eine schriftliche Beschwerde einreichen, und so kommt es, dass von all dem peinvollen Aerger, welches der Telephonverkehr gegenwärtig bereitet, das Meiste spurlos verhallt. Könnte der Geheime Ober-Postrath Scheffler, der den ablehnenden Bescheid unterschrieben hat, solchen Telephongesprächen manchmal beiwohnen, so würde er zu andrer Ueberzeugung kommen.

Die Eingabe des Vereins hat den erhofften Eindruck wahrscheinlich deshalb nicht gemacht, weil die Schäden wie die Mittel zur Abhilfe derselben mehr in den Betriebs-Einrichtungen gesucht wurden, als in den Eigenthümlichkeiten der Beamten.

In der ablehnenden Antwort des Reichs-Postamts ist von *»neuerdings angestellten umfassenden Erhebungen«* die Rede, welche infolge der Eingabe angestellt worden seien. Es wäre interessant zu erfahren, in welcher Weise diese Erhebungen stattfanden. Von der einzig richtigen Art derselben: einer Umfrage bei sämtlichen Angeschlossenen, ist nichts bekannt. Die Postbehörde hat sich also wohl bei den *Aemtern* erkundigt, *»ob etwas vorgefallen sei«*, und wie begreiflich, beruhigende Auskunft erhalten.

Ist dieses Verfahren wirklich eingeschlagen worden, so muss entschiedener Einspruch dagegen erhoben werden. Die Postbehörde muss überzeugt werden, dass es so nicht weiter geht.

Man wird künftig mit der Uhr in der Hand an das Telephon treten, jeden Fall unzulänglicher Bedienung nach Datum und Stunde notiren und regelmässig Beschwerden einreichen müssen, wenn den schädigenden Uebelständen ein Ende gemacht werden soll.

Ein *»Verein der Telephonfreunde«*, der seine Mitglieder zu solchen Aufzeichnungen verpflichtet, könnte sich um die geplagten Fernsprech-Theilnehmer grosse Verdienste erwerben.

S.

Auszeichnungen auf Ausstellungen.

Preusse & Co. in Leipzig haben auf der Internationalen Ausstellung für Buchdruckerei und verwandte Gewerbe zu Amsterdam für ihre dort ausgestellten Drahtheft- und Bogenfalzmaschinen die höchste Auszeichnung, *Goldene Medaille*, erhalten.

Karl Kempe in Nürnberg erhielt auf derselben Ausstellung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Stereotypie die höchste Auszeichnung in diesem Fache, die *Silberne Medaille*.